

Fraktion direkt

Informationen der **CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe**



Wir brauchen mehr Wohnraum – effektiv und sofort: CDU-Fraktion sucht mit Experten nach Lösungen

Die Fakten sind bekannt: In Karlsruhe mangelt es an günstigem Wohnungen für junge Familien, Alleinstehende und Menschen mit geringem Einkommen. In den vergangenen fünf Jahren stiegen die Mietpreise für Neuvermietungen zwischen 20 und 30 Prozent. Oft können Einheimische und Zuziehende keine geeigneten Häuser und Wohnungen zur Miete oder zum Kauf finden und wandern ins Umland ab. Die Anzahl der Obdachlosen verdoppelte sich seit 2011 auf über 1.000.

Für die CDU-Fraktion ist klar, dass nur gemeinsam mit den privaten und genossenschaftlichen Wohnungs- und Immobilienunternehmen in den nächsten Jahren ausreichend Wohnraum geschaffen werden kann. Deshalb brachte die CDU-Fraktion die wichtigsten lokalen und regionalen Player im Bereich Wohnungsbau Anfang Dezember an einen Tisch. Mit den Experten der privaten, genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnungs- und Immobilienunternehmen analysierten die Stadträtinnen und Stadträte die bisherigen Bemühungen der Stadt, des Landes und des Bundes und diskutierten gemeinsame Lösungsansätze für den sich durch die anhaltende Zuwanderung weiter verschärfenden Wohnungsengpass. Im Mittelpunkt standen dabei mögliche Maßnahmen, durch die die Stadt Impulse für den Bau der bis 2030 fehlenden 10.000–20.000 Wohneinheiten geben kann – ergänzend zum aktuellen umfassenden Einsatz der städtischen Volkswohnung. Die diskutierten Lösungsansätze und Eckpunkte für das Aktionsprogramm „Wohnen. Karlsruhe.2030“ der CDU-Fraktion stellen wir Ihnen in einem „Wohnraum-Spezial“ in der nächsten Ausgabe vor.

Inhalt

- 2 Entsetzen über politische Einflussnahme
- 2 Auskunft zu Flüchtlingsunterkünften
- 3 Zwei Fragen an Stadtrat Dr. Thomas Müller
- 3 Besuch künftiges Finanzamtareal
- 4 Absetzung Südumfahrung Hagsfeld
- 4 Kritik an Antwort zur zweiten Rheinbrücke
- 5 Interview mit Stadträtin Bettina Meier-Augenstein
- 5 Landesförderungen für Lernfabriken 4.0

CDU-Fraktion fordert Auskunft zu geplanten Flüchtlingsunterkünften in Karlsruhe

Die CDU-Fraktion hat von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup (SPD) und Regierungspräsidentin Nicolette Kressl (SPD) umfassende und aktuelle Informationen zu geplanten neuen Flüchtlingsunterkünften in Karlsruhe gefordert. Aus Sicht der CDU-Fraktion dürfen Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Aus diesem Grund wollte sie wissen, in welchen Stadtteilen und welchen Straßen das Regierungspräsidium in Karlsruhe konkret neue Flüchtlingsunterkünfte plant.

Nach Informationen der CDU-Fraktion sind die Prüfungen des Regierungspräsidiums von mindestens zwei Gebäuden im Stadtteil Hagsfeld für zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte bereits weit fortgeschritten. Darum erwartet sie konkrete Aussagen von Regierungspräsidentin Kressl und Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup zu den betreffenden Gebäuden. Zukünftig wird von der Stadtverwaltung eine tagesaktuelle Information der Stadträtinnen und Stadträte über Planungen und Veränderung bei den Flüchtlingsunterkünften im gesamten Stadtgebiet verlangt.



CDU entsetzt über Aufforderung zur politischen Einflussnahme des OB auf Verfahren

Wenn sich Bürgerinnen und Bürger gegen Extremismus in Karlsruhe einsetzen, dann ist das eine gute Sache. Ein solches Engagement muss allerdings im Einklang mit der Rechtsordnung geschehen. Sowohl Demonstranten als auch Gegendemonstranten müssen sich an Recht und Gesetz halten. Mit Unverständnis reagierte die CDU-Gemeinderatsfraktion deshalb auf einen gemeinsamen Brief einiger Stadträtinnen und Stadträte der Grünen- und Kult-Fraktion mit der Linkspartei an Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup (SPD). In ihrem Schreiben forderten diese den Oberbürgermeister auf, darauf einzuwirken, dass begangene Ordnungswidrigkeiten und erfüllte Straftatbestände der Gegendemonstranten von „Widerstand Karlsruhe“ nicht weiter verfolgt werden. Dieser gewünschte Versuch von politischer Einflussnahme auf die Arbeit der Straf- und Ermittlungsbehörden ist für die CDU-Fraktion nicht nachvollziehbar und in einem Rechtsstaat nicht akzeptabel.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,



ein bewegtes Jahr 2015 neigt sich dem Ende zu. Wir alle gemeinsam haben den 300. Stadtgeburtstag und das 150. Zoojubiläum gefeiert und unsere Stadt im Lichte dieser Festivitäten aus einer ganz neuen Perspektive kennengelernt. Viele Programmpunkte haben uns alle näher zusammengebracht, sei es durch die interessanten Veranstaltungen im Pavillon oder durch die allabendlichen Schlosslichtspiele, die Besucher von nah und fern angelockt haben. Ich erhoffe mir, dass wir die Begeisterung des Stadtgeburtstags für unsere Stadt in die kommenden Jahre übertragen können, und bedanke mich an dieser Stelle bei allen Akteuren des Stadtgeburtstags, aber auch bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die den Stadtgeburtstag mit Leben gefüllt haben.

Ihr

Tilman Pfannkuch
Fraktionsvorsitzender



Nachgefasst

Werden die Stadtbrunnen instand gehalten?

Für viele Karlsruherinnen und Karlsruher gehören die Brunnen zum prägenden Bild eines Stadtteils und sind oft mit zahlreichen Erinnerungen verbunden. Trotzdem sind viele von ihnen seit Längerem nicht mehr in Betrieb, zum Beispiel der Kauzbrunnen in der Waldstadt oder der Schlaucherbrunnen in Daxlanden. Die CDU-Fraktion hat deshalb nachgehakt, warum in vielen Stadtteilen die Brunnen außer Betrieb sind und wann die Brunnen, die im Zuge der Kombilösung abgebaut wurden, vollzählig wieder aufgebaut werden, zum Beispiel der Marktplatzbrunnen. Das Ergebnis ist insgesamt erfreulich. Mehr als 100 der 132 Brunnen in der Verantwortung der Stadt funktionieren. Viele defekte Brunnen sollen 2016 repariert und saniert werden. Auch der Großteil der für die Bauarbeiten der Kombilösung abgebauten Brunnen wird wieder aufgebaut – wengleich zum Teil an etwas anderen Standorten.

CDU-Fraktion besucht eMobilitätszentrum Karlsruhe

Das eMobilitätszentrum ist das Kompetenznetzwerk von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und der städtischen Wirtschaftsförderung für Elektromobilität in Karlsruhe. Nach ihrem Besuch zeigte sich die CDU-Fraktion von den Potenzialen der neuen Technik und den sich daraus ergebenden Chancen für die ansässigen Unternehmen überzeugt. Bei den Gesprächen mit Vertretern verschiedener Unternehmen und Forschungseinrichtungen wurde deutlich, dass für die Elektromobilität noch zahlreiche Rahmenbedingungen festgelegt werden müssen. Der Fraktion ist es dennoch wichtig, dass sich die Stadt weiterhin mit den Einflüssen der Elektromobilität auf das Verkehrsverhalten und den Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur in Karlsruhe auseinandersetzt. So ergeben sich beispielsweise durch eBikes ganz neue Möglichkeiten: Wo zuvor für kurze Strecken das Auto oder die S-Bahn genommen wurde, bieten jetzt eBikes eine gesundheitsfördernde Alternative, die sich auch für Seniorinnen und Senioren eignet.



CDU-Fraktion vor Ort auf dem künftigen Finanzamtareal

Bürgerinnen und Bürger wandten sich aus Sorge über den Bau des zukünftigen Finanzamtgebäudes an die CDU-Fraktion. Insbesondere wollten sie wissen, welchen Einfluss das Gebäude auf ihr Viertel und ihre Wohnqualität haben wird.

Die CDU-Fraktion mit der Stadträtin und Landtagsabgeordneten Bettina Meier-Augenstein nahm sich der Sorgen gerne an. Meier-Augenstein MdL ersuchte Anfang September bei Finanzminister Dr. Nils Schmid MdL darum, die betroffenen und skeptischen Bürgerinnen und Bürger bei der Planung des Finanzamts einzubeziehen, und hat eine positive Antwort vonseiten des Ministeriums erhalten. Nun wollte die CDU-Fraktion vor Ort auf dem ehemaligen Kaloderma-Gelände in der Durlacher Allee vom zuständigen Karlsruher Amt des Landesbetriebs Vermögen und Bau sowie von den Anwohnerinnen und Anwohnern selbst erfahren, ob die Zusage verwirklicht wird und die Planung transparent genug ist. Der Termin zeigte, dass bei dem Bau neben sämtlichen nachbarschutzrechtlichen Bestimmungen aus der Landesbauordnung auch Wünsche und Anregungen der Betroffenen in die Planung einfließen werden. Neben ökologischen Erwägungen wie einer Dachbegri-

nung sowie einer Tiefgarage, damit der Innenhof nicht versiegelt werden muss, sollen deshalb die einzelnen Gebäude so angeordnet werden, dass ein Luftaustausch zugunsten des Mikroklimas zwischen den Baukörpern entsteht. Vertreter aus der Anwohnerschaft und dem Bürgerverein sollen zudem ein Mitspracherecht bei der Architektur des Behördengebäudes bekommen. Das alles wirkt sich positiv auf die Akzeptanz und die Bereitschaft zur Mitgestaltung bei den Nachbarinnen und Nachbarn aus.

Zwei Fragen an ...

Stadtrat Dr. Thomas Müller



Herr Dr. Müller, wir sind begeistert, wie es Ihnen gelingt, Ihren anspruchsvollen und zeitintensiven Beruf als Oberarzt in der Anästhesie und als Notfallmediziner mit Ihrem Stadtratsmandat in Einklang zu bringen. Wie schaffen Sie das?

Manchmal ist dies schwierig und bedarf einer guten Organisation. Andererseits empfinde ich meine Tätigkeit als Stadtrat als wertvolle Ergänzung und Ausgleich zu meinem Beruf als Arzt. Bei manchen kommunalen Fragen ist es sicher sinnvoll, das Wissen eines Juristen zu haben, bei manchen ist sicher der Blickwinkel eines Lehrers oder auch eines Unternehmers wichtig. Aber im Sozialbereich, in dem ich mich zu Hause fühle, gibt es städtische Belange, zum Beispiel die Sicherstellung einer guten Pflege, die Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt oder der richtige Umgang mit Drogensüchtigen, in denen das Fachwissen eines Arztes von Vorteil ist.

Was sind die größten Herausforderungen der Stadt in den nächsten Jahren?

Die Haushaltskonsolidierung. Es wird schwierig und bedarf großer Anstrengungen, unsere heutigen Standards und die Angebotsvielfalt im Sozialbereich zu halten. Obwohl unsere jährlichen Zuschüsse an soziale Träger und Einrichtungen für Beratungs-, Förder- und Hilfsprogramme in Millionenhöhe langfristig gut investiertes Geld sind, müssen wir auch Aufgaben kritisch hinterfragen. Wir stehen zu dem Vorrang der freien Träger, die die Leistungen günstiger erbringen können als die Stadt selbst und werden diese auch weiterhin, genauso wie die zahlreichen Ehrenamtlichen, unterstützen. Eine Herausforderung sehe ich in der Altersversorgung für Menschen mit Behinderungen, damit auch diesen Bürgerinnen und Bürgern ein Altern in Würde ermöglicht wird.

4 Wir für Ihre Infrastruktur

Absetzung Südumfahrung Hagsfeld ist Paradebeispiel für Schlingerkurs des OB

Die CDU-Fraktion kritisierte den Oberbürgermeister für seine kurzfristige Absetzung des Punktes „Südumfahrung Hagsfeld“ von der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung Ende November scharf. Der Fraktionsvorsitzende Tilman Pfannkuch sprach von einem „Schlingerkurs“ und einem „planlosen und von tagesaktuellen Stimmungen aus der Bürgerschaft gelenkten Vorgehen“ des Oberbürgermeisters. Tilman Pfannkuchs unmissverständliche Kritik geht auf die vorgelegte Gemeinderatsvorlage zurück, die nicht, wie durch den Oberbürgermeister im Juni angekündigt, gründlich überarbeitete Vorschläge für das weitere Vorgehen enthielt. Zudem vermissten die Stadträtinnen und Stadträte der CDU-Fraktion die Vorlage eines realistischen Finanzierungsvorschlags. Die CDU-Fraktion erinnerte dabei an die Aufgabe des Oberbürgermeisters, als Chef der Verwaltung beratungsreife Gemeinderatsvorlagen zu liefern, und zeigte sich verwundert über die geäußerte Kritik des Oberbürgermeisters an ihrer Forderung nach detaillierten Planungen. Ihre Entscheidung über das Infrastrukturprojekt von rund 65 Millionen Euro möchten die Stadträtinnen und Stadträte der CDU-Fraktion ohne Zeitdruck und auf Basis von umfassenden Planungen treffen, die auch einen möglichen Anschluss des Technologieparks einschließen.

Entgegen dem Vorschlag der Stadtverwaltung, die das bestehende Baurecht aufgeben und ein neues Planfeststellungsverfahren einleiten wollte, sprach sich die CDU-Fraktion in einem Antrag für eine Anpassung des bestehenden Bebauungsplans durch ein Bebauungsplanänderungsverfahren aus, insoweit dies erforderlich ist. Die Fraktionsmitglieder versprechen sich davon eine schnellere Realisierung der Südumfahrung.

CDU-Fraktion kritisiert Antwort der Regierungspräsidentin zur zweiten Rheinbrücke

Für Schlagzeilen sorgte ein Antwortschreiben der Karlsruher Regierungspräsidentin Nicolette Kressl (SPD) an die CDU-Fraktion. In ihrem Schreiben warf diese den Behörden aus Rheinland-Pfalz vor, notwendige Unterlagen zum Abschluss des Planfeststellungsverfahrens für die zweite Rheinbrücke noch immer nicht fertiggestellt zu haben. Die CDU-Fraktion hatte zuvor bei der Regierungspräsidentin nachgefragt, wann ihr Amt das Verfahren endlich abschließen werde. Es stellte sich heraus, dass die Behörden auf pfälzischer Seite die Unterlagen zeitgleich zum Antwortschreiben der Regierungspräsidentin an das Regierungspräsidium übermittelten. Eine Information dazu erhielt die CDU-Fraktion nicht, auch über das Ergebnis der übermittelten Untersuchungsergebnisse zum Bau der sogenannten „Ersatzbrücke“ herrscht beim Regierungspräsidium seitdem Schweigen.

Bei der CDU-Fraktion verfestigte sich daraufhin der Eindruck, dass das Verfahren in Baden-Württemberg vor allem gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in der TechnologieRegion



© Rainer Lück - commons.wikimedia.org

weiterhin verzögert wird. Ihre Forderung nach einem schnellstmöglichen Verfahrensabschluss hält die CDU-Fraktion aufrecht. Den Stadträtinnen und Stadträten ist dennoch klar, dass die Regierungspräsidentin vor den Landtagswahlen im nächsten Jahr kein positives Ergebnis für den Bau der zweiten Rheinbrücke verkünden wird.

CDU-Fraktion erfreut über positives Zwischenergebnis bei Verhandlungen zur Kombilösung

Die CDU-Fraktion ist zufrieden mit dem bisherigen erfolgreichen Verlauf der Gespräche zwischen Bund, Land und der KASIG zur Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Kombilösung. Trotz der Verzögerungen wird spätestens im Sommer des neuen Jahres mit der Neugestaltung der Kriegsstraße in die letzte wichtige Bauphase der Kombilösung eingestiegen werden können, so die Hoffnung der CDU-Fraktion. Mit der zu erwartenden Vergabe und dem Beginn der Umbauarbeiten wird auf die Zielgerade des vom früheren Oberbürgermeister Heinz Fenrich (CDU) maßgeblich initiierten und vorangetriebenen Projekts Kombilösung eingebogen.

Nach dem positiven Bürgervotum, der bescheinigten Wirtschaftlichkeit und den bedeutenden Baufortschritten erwartet die CDU-Fraktion von den Kombilösungsgegnern, ihren Widerstand aufzugeben und die chancenreiche Realität des Jahrhundertprojekts endlich anzuerkennen.



Interview mit Stadträtin Bettina Meier-Augenstein MdL

Die CDU-Fraktion hat der Fortschreibung der Rahmenkonzeption und Richtlinie der Stadt Karlsruhe zur Förderung von „Ganztagsangeboten für Grundschul-kinder“ im Gemeinderat nicht zugestimmt. Warum?



Weil uns die Rahmenkonzeption einseitig und zu stark auf die Ganztagsgrundschule ausgerichtet ist. Viele Eltern sind auf uns zugekommen, darunter auch die „Initiative Gute Grundschule“. Sie haben uns signalisiert, dass die Ganztagsgrundschule nicht für alle die optimale Lösung ist. Ich bin deshalb froh, dass nun die Stadt die von uns beantragte Umfrage zum Betreuungsbedarf durchgeführt hat und uns die Ergebnisse bald vorgestellt werden. Erst dann wird sich zeigen, welche Betreuungsform Eltern sich für ihre Grundschul-kinder wünschen, und danach können wir, auf dem Elternwillen aufgebaut, aufgrund verlässlicher Zahlen zielorientiert planen.

Lehnen Sie die Ganztagsgrundschule grundsätzlich ab?

Nein, absolut nicht. Wir möchten nur, dass Eltern und Familien ihren Bedürfnissen entsprechend auswählen können. Ich darf erinnern, dass wir zuletzt Ende November der Einrichtung einer Ganztagsgrundschule an der Oberwaldschule Aue zugestimmt haben. Wir lehnen die Ganztagsgrundschulen also nicht ab, sehen jedoch bei der Umsetzung dringenden Verbesserungsbedarf.

Welcher wäre das?

Für uns stehen die Familien im Vordergrund. Sie sollen entscheiden können, welche Betreuungsform für sie die richtige ist, denn Kinder sind unterschiedlich, und die Situation jeder einzelnen Familie ist unterschiedlich. Dem müssen wir Rechnung tragen, indem wir passgenauere qualitativ hochwertige Angebote schaffen, wie z. B. Hort, Kernzeitbetreuung und Ganztagschule. Wir wollen eine gleichwertige Förderung von offenem und verpflichtendem Ganztags. Auch die Ausgestaltung der Ganztagschule muss verbessert werden. Rhythmisierung, Pausen, Freizeitangebote und Unterrichtseinheiten müssen pädagogisch sinnvoll verteilt werden. Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und damit das gesamte pädagogische Personal müssen so unterstützt werden, dass eine Erziehungspartnerschaft tatsächlich möglich ist und nicht nur Lücken gestopft und die Kinder „aufbewahrt“ werden.

Wo würden Sie gerne etwas ändern?

Für mich steht an erster Stelle die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies beinhaltet vor allem eine qualitativ hochwertige Betreuung – am Nachmittag, aber auch in den Ferien. Wir legen Wert darauf, dass Kinder ein warmes und gesundes Mittagessen bekommen, dies muss auch für „Halbtags-schüler“ an der Schule angeboten werden. Wichtig ist auch: Wie geht es nach der Grundschule weiter? Hier gibt es kaum Betreuungsangebote insbesondere in den Ferienzeiten. Dabei wollen viele Eltern ein zehnjähriges Kind nicht alleine zu Hause lassen. Auch hier müssen wir weiterdenken, damit der Übergang von Grundschule auf eine weiterführende Schule für berufstätige Eltern erleichtert wird.

CDU-Fraktion begrüßt die Landesförderungen für Lernfabriken 4.0

Die CDU-Fraktion ist erfreut, dass die von der Carl-Benz- sowie der Heinrich-Hertz-Schule eingereichten Konzepte beim Wirtschaftsministerium überzeugend waren und die von den beiden Schulen konzipierte Lernfabrik 4.0 nun gefördert wird.

In einer Anfrage hatte sich die CDU-Fraktion für eine Beteiligung von Karlsruher Schulen an der Ausschreibung ausgesprochen. Aus dem Zukunftsprojekt Industrie 4.0 ergeben sich viele Möglichkeiten. Es besteht eindeutig Bedarf, den Nachwuchs praxisnah auf die künftig hockkomplexe, digitalisierte Arbeitswelt vorzubereiten. Die nun geförderte Lernfabriken 4.0 ist hierfür ein geeignetes Instrument und deshalb eine große Bereicherung für die TechnologieRegion Karlsruhe.

Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule fördern

Die Berufswahl ist für viele junge Menschen aufgrund der Fülle an Möglichkeiten eine schwierige Entscheidung. Eine gute Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft bietet Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit, die eigenen Stärken und Interessen besser einschätzen zu können.

In Karlsruhe und der TechnologieRegion wurden seit dem 2008 gestarteten Projekt „Wirtschaft macht Schule“ der Industrie- und Handelskammer (IHK) Karlsruhe mehr als 762 erfolgreiche Bildungspartnerschaften zwischen den Schulen und regionalen Unternehmen geschlossen. Auch 13 Handwerksbetriebe aus dem Stadtgebiet sind Bildungspartnerschaften eingegangen, wie eine Anfrage der CDU-Fraktion ergab. Die CDU-Fraktion ist zufrieden mit diesem positiven Ergebnis und unterstützt die Fortführung und die Vertiefung der Partnerschaften.

**Ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise
Ihrer Familie und ein glückliches Jahr 2016**

wünschen Ihnen
Ihre Stadträtinnen und Stadträte



Besuchen Sie unsere Webseite: www.cdu-fraktion-karlsruhe.de

Impressum

Herausgeber CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe
Vorsitzender Tilman Pfannkuch
Redaktion Tilman Pfannkuch, Dr. Albert Käuflein,
Simon Sterbenk, Susanne Friedrich
Fotos CDU-Gemeinderatsfraktion
Satz und Druck www.fkm-verlag.com

Anschrift: Fraktionsgeschäftsstelle
CDU-Fraktion Karlsruhe
Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe
Telefon 07 21/2 95 94, Fax 07 21/2 86 63
cdu@fraktion.karlsruhe.de
www.cdu-fraktion-karlsruhe.de

